

Mut und Kreativität gefordert

Von Anke Jacobi

Der Rat hat die Entscheidung über die Steuererhöhung verweigert. Nicht zum ersten Mal. Bereits 2010, als die Stadt in die Haushaltssicherung schritt, hätte die Politik – statt auf Wahlergebnisse zu schauen – einen zumutbaren, zukunftsfähigen Lösungsweg finden müssen. Zum Beispiel, die Grundsteuer jährlich moderat zu anzuhähen. Diesen unpopulären Schritt verweigerte die Politik. Unpopulär wäre auch die Entscheidung gegen die Sanierung des Lehrschwimmbeckens gewesen, sprach die SPD 2009 sogar von „politischem Selbstmord“. Zwei Monate vor der Wahl dagegen stimmten: Es gibt mehr solche falschen Weichenstellungen, die der Angst vor dem Bürgerzorn geschuldet sind. Angesichts der Finanzsituation von Land und Kreis potenziert sich dies zum Super-GAU für den Bürger. Nun sind Mut und Kreativität gefordert, die Folgen zu mildern.



Zahlreiche Bürger hatten den Weg in den Ratsssaal gefunden, um der Beratung des Rates über die geplante Steuererhöhung zu verfeuern. Für die Ratsmitglieder gestattete sich diese nicht gerade vergnügungsteuerpflichtig. Fotos: Drawe

Steuererhöhung vertagt

Rat hätte Anhebung und Haushalt mit 20 Stimmen abgelehnt – Politik verlangt Nachbesserungen

Von Anke Jacobi

Fröndenberg. Der Rat hat am Mittwochabend einstimmig die Entscheidung über die Anhebung der Grundsteuer B sowie die Verabschiedung des Haushaltes auf Februar vertagt. Vorgegangen waren Schuldzuweisungen und eine Drohgebärde des Bürgermeisters.

Der Ratsaal war rappelvoll mit seltenen Gästen, als die Politik zu der wohl brian-testen Sitzung der vergangenen Jahre zusammenkam. Etwa 50 Bürger wollten die Diskussion um die Anhebung der Grundsteuer um 245 auf 695 Punkte, aber auch zum geplanten Gewerbegebiet Schürenfeld verfolgen. Die Bürger hatten wie berichtet 247 Einwendungen und 90 Bürgeranträge gegen die Erhöhung der Grundsteuer B auf die zunächst vorgesehenen 775 Punkte eingebracht. Zudem hatten 2000 Bürger sich an der Online-Petition von Lars Köhle beteiligt, der in der Einwohnerfragestunde des Rates forderte, die Stadt solle zunächst bei sich selbst sparen. „Wir fragen uns, wofür der Bürgermeister zusätzlich zu seiner Sekretärin eine persönliche Referentin benötigt“, sagte er. Überdies sei die Tourist-Info nicht erfolgreich. Dort könne man sparen.

Angesichts des Bürgerzornes hatten sich schon im Vorfeld der Sitzung CDU, FWG, FDP und Die Linke ge-



Bürgermeister Friedrich-Wilhelm Rebbe und Beigeordneter Günter Freck hatten in der Ratsitzung Probleme, bei den Bürgern Verständnis für ihre Positionen zu wecken.



Lars Köhle hat in einer Online-Petition 2000 Bürgerunter-schriften gesammelt.

gen die von der Stadt als notwendig erachtete Steuererhöhung ausgesprochen. Zusammen 16 Gegenstimmen. Nur die Grünen hatten es bis zuletzt spannend gemacht. Erst in den Haushaltsreden der Fraktionen wurde deutlich, dass sich auch die Grünen mit ihren vier Stimmen der Ablehnung anschließen würden.

In der Verantwortung für die Haushaltsmiserie sahen fast alle Fraktionen Land und Kreis. Die SPD machte deutlich, dass die Kreisumlage seit 2011 um 23 Millionen Euro gestiegen sei, Fröndenberg gleichzeitig wegen seiner hohen Steuerkraft vom Land weniger Zuweisungen erhalte – und das vor dem Hintergrund, dass bei Bund und Land die Steuereinnahmen auf Rekordhoch sprudeln. Doch anders als die anderen Fraktionen wollte die SPD dem Haushalt zustimmen. „Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung erhalten und durch einen genehmigten Haushalt unsere

Vereine, kirchlichen Träger, Kultur- und Freizeitrichtungen weiter unterstützen“, so Fraktionschef Herbert Ziegenhein.

Die CDU hingegen betonte: „Es ist an der Zeit, sich zur Wehr zu setzen, um nicht kommunal auszubluten“, sagte CDU-Fraktionschef Gerd Greczka mit Blick auf die unzureichende Finanzierung ausstattung der Kommunen. Eine Steueranhebung sei weder das richtige Signal an die Bevölkerung noch an Zuzugswillige. Aber auch der Stadt machte der CDU-Fraktionsschef Vorwürfe. So vermisste er bereits seit Jahren kreative Ideen der Verwaltungsspitze, der er ebenso wie der SPD Untätigkeit vorwarf. Parteibergreife Partnerübergreifend müsse man in Verhandlungen mit den übergeordneten Behörden in Verhandlung treten über eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen.

das sich in unserem beschaulichen Städtchen die Probleme dieser Städte kombinieren mit den angeblich überhöhten Schlüsselzuweisungen einhandeln möchte.“ Er warf den anderen Fraktionen vielmehr vor, quasi sehenden Auges in die Finanzkrise gesteuert zu sein, nur um beim Wähler zu punkten. Und Schoppmann warnte davor, dass im kommenden Jahr eine weitere Erhöhungsrunde anstehe.

Diese Meinung vertrat auch FWG-Chef Matthias Büscher, der hingegen Land und Kreis mit Schuldzuweisungen überhäufte. „Unser Handlungsspielraum ist kleiner mehr. Wir sollen den Gürtel enger schnallen und unsere Bürger zur Kasse bitten. Das machen wir nicht mit.“ Es sei an der Zeit, dass die Landesregierung die Kommunen so ausstatte, dass sie handlungsfähig bleiben. Er forderte die Fröndenberger auf, im Januar mit dem Bund der Steuerzahler vor dem Landtag für ein

haben des Kreises, 300.000 Euro für einen Terrassenanbau am Haus Opherdicke auszugeben. „Das wurde zurückgezogen. Gott sei Dank“, so Büscher mit Blick auf die jährlich steigende Kreisumlage.

Da auch die FDP und Die Linke sich gegen den Haushalt ausgesprochen hätten, griff Bürgermeister Friedrich-Wilhelm Rebbe zur Notbremse. Er zeichnete ein Horrorszenario mit Streichung von Veranstaltungen wie dem SoSo-Konzert, dem Volksradfahren oder der Fiegeknimm. Und scheute auch nicht davor zurück, zu betonen, dass die für die Betreuung der Flüchtlinge notwendigen Neueinstellungen bei einem nicht beschlossenen Personalplan nicht möglich seien. Er drohte an, als Bürgermeister von seinem Widerspruchsrecht gegen Beschlüsse des Rates Gebrauch machen zu können, „um Schaden von der Stadt abzuwenden.“

Die CDU, die dem Vernehmen nach Hoffnungen in Gespräche mit dem Innenministerium setzt, schlug daraufhin vor, die Abstimmung über den Haushalt auf die nächste Sitzung zu vertagen. „Ohne Haushalt ist die Verwaltung nicht arbeitsfähig. Und das wäre bei allen inhaltlichen Differenzen nicht zielführend“, so Greczka. Der Rat folgte dem Vorschlag einstimmig. Greczka appellierte, die Zeit bis Februar nicht untätig verstreichen zu